

Wahlzeitung

DIE LINKE.

LANDTAGSWAHL 2021 · HALLE AN DER SAALE · DIE LINKE - SACHSEN - ANHALT . DE



Solidarisch für Halle

Halle ist eine Stadt mit Potential. Die Kulturszene ist kreativ und die Wissenschafts- und Bildungslandschaft des Landes hat hier ihre Leuchttürme. Es wird oft vergessen, wie viele Impulse von Halle ausgehen und wie stark die Medienbranche ist. Vom Start-up bis zum Handwerksbetrieb hat die Wirtschaft Möglichkeiten, gute Jobs zu schaffen und unser Zusammenleben mitzugestalten.

In Halle können wir uns glücklich schätzen, dass zu den Gestalter:innen aber auch eine starke Zivilgesellschaft gehört. Sie kämpft gegen Diskriminierung, steht für eine Gesellschaft der Vielen ein, organisiert Hilfe im Alltag. Deshalb blüht in Halle das Ehrenamt. Ob es um den Einsatz gegen Rechts, für Klimagerechtigkeit, bessere Bildungschancen oder darum geht, Senior:innen zu unterstützen: Hier finden sich tausende Menschen für den guten Zweck zusammen und gehen für eine bessere Zukunft auf die Straße. Halles Potential sind die Einwohner:innen, die die Stadt vielfältig prägen – also auch SIE. DIE LINKE will, dass die Politik des Landes diesem Potential endlich gerecht wird. Dafür braucht es jedoch eine solidarische Politik in einer neuen Landesregierung: Aus der Kenia-Koalition muss eine rot-rot-grüne werden, denn mit der CDU-dominierten Regierung geht es in die falsche Richtung. Schon heute ist klar:

Demokratie zu verteidigen, den Klimawandel zu stoppen und die Lasten der Krise solidarisch auf starke Schultern zu verteilen, das werden die politischen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Doch wenn es bleibt wie bisher, drohen Kürzungen im Wissenschafts- und Sozialbereich. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in Gefahr und mit ihm die Medienbranche. Den Mangel an Lehrer:innen als Ergebnis von CDU-Bildungspolitik erleben wir täglich in den Schulen. Halle braucht eine solidarische Landesregierung, denn die Stadtkasse ist gebeutelt. Das trifft soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereine und viele Hallenser:innen, die als Unternehmer:innen, Soloselbstständige oder Künstler:innen schon jetzt unter den völlig unzureichenden »Corona-Hilfen« leiden.

Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung: Die derzeitige Landesregierung hat bewiesen, dass sie vor allem eines bewirkt: Stillstand. Als »Bollwerk gegen rechts«, als das sie

antreten wollte, ist sie durch die Offenheit der CDU zur extremen Rechten gescheitert.

Bei der Landtagswahl haben Sie es in der Hand. Sie können einen sozial-ökologischen und antifaschistischen Wandel für ein solidarisches Gemeinwesen wählen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Verhältnisse ändern, Ihr Engagement soll gefördert werden. Wir kämpfen für ein demokratisches, offenes und soziales Halle. Wir streiten für mehr Geld für Kultur und Bildung, ausfinanzierte Forschung und Lehre an den Hochschulen, gut ausgestattete Schulen und die Verbesserung der Infrastruktur der Stadt. Die Kosten der Krise sollen die bezahlen, die die Profite einfahren. Wir wollen, dass jede Arbeit ordentlich bezahlt wird und jede Existenz gesichert ist. Wir werden die offene Gesellschaft verteidigen und stärken. In Halle gibt es große Pläne und noch größeres Potential: Mit Ihrer Unterstützung machen wir mehr draus.



Solidarität und Verantwortung

Eva von Angern gehört zu denen, die ihrer ostdeutschen Heimat auch in schwierigsten Zeiten nicht den Rücken gekehrt haben. Politisch positioniert hat sich die Rechtsanwältin für die Linken in den 1990er Jahren, in denen wir jeden Tag im Kreuzfeuer der Kritik standen. Eines zeichnet die dreifache Mama besonders aus: Sie ist eine, die sich Herausforderungen mutig stellt und einen starken Willen zum Gestalten hat – allen Widerständen zum Trotz. Eva engagiert sich auch für die, die oft ihre Rechte und Anliegen nicht selbst vertreten können – für die Kinder und die Alten. Ihnen gehört ihr Herz. *Dietmar Bartsch*

Augenhöhe und Vertrauen

Im Gespräch mit Eva von Angern, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl.

Sie waren gerade Mitte 20 und noch Studentin, da zogen Sie erstmals in den Landtag ein. Das war im Jahr 2002. Warum wollten Sie in die Politik?

Politisch aktiv war ich schon lange zuvor, allerdings weniger parteipolitisch. Ich habe mich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die schrecklichen Vorfälle in Mölln und Rostock-Lichtenhagen haben mich sehr politisiert. 2002 wurde ich dann gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, für die PDS zu kandidieren. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, was das wirklich bedeutet, als Abgeordnete zu arbeiten. Ich hatte gerade mein erstes juristisches Staatsexamen in der Tasche, dazu einen zweijährigen Sohn. Als ich dann tatsächlich auf den Listenplatz 13 gewählt wurde, war ich überrascht. Das war ein enormer Vertrauensvorschuss. Und das hat mein Leben völlig durcheinandergebracht. Ich befand mich noch im Referendariat, wollte das Jurastudium unbedingt beenden. Ich weiß noch genau, dass ich damals mit meiner Fraktionsvorsitzenden Petra Sitte gesprochen hatte und sie klar sagte, du machst dein zweites Staatsexamen. Ein Riesenkraftakt, aber ich würde mich immer wieder so entscheiden.

Aus dem Vertrauensvorschuss wurde offensichtlich Vertrauen. Seit Dezember 2020 sind Sie Fraktionschefin. Welche Erwartungen haben Sie an sich selbst und spüren Sie da auch einen inneren Druck? Denn sicherlich sind damit ja auch Hoffnungen verbunden?

Der Druck ist enorm und ist nochmal stärker geworden, als ich Ja zur Spitzenkandidatur gesagt habe. Grundsätzlich bin ich ein ehrgeiziger Mensch, ich möchte aber auch Spaß haben und auf Augenhöhe arbeiten. Und ja, ich möchte auch erfolgreich sein. Insofern kommt der größte Druck von mir selbst. Es gibt aber viele Menschen um mich herum, die mich tatkräftig unterstützen und die mir vertrauen. Da ist ein Geben und Nehmen. Die Herausforderung ist, werde ich meinen eigenen Ansprüchen gerecht und denen Dritter? Ich kenne diesen Charakterzug von mir. Mittlerweile bin ich 44 Jahre alt und habe gelernt, damit umzugehen. Manchmal stelle ich mich ganz entspannt neben mich und sage: Eva, komm mal runter, schau mal, was du geschafft hast und sei einfach mal stolz darauf.



Foto: Bayk Weber

Männliche Abgeordnete werden kaum bis gar nicht befragt, wie sie denn Familie und diesen Politikjob zusammenbekommen. Sie haben drei Kinder. Wie bekommen Sie das hin?

Wir kriegen das hin, weil wir ein wunderbares soziales Umfeld haben: Familie, viele Freunde, gute Nachbarn. Wenn meine Familie nicht gesagt hätte, mach das, hätte ich es nicht getan. Ich habe vor einiger Zeit das Angebot, als Justizministerin in Brandenburg zu arbeiten, wegen meiner Kinder abgelehnt. Bin da auch im Reinen mit mir, diese berufliche Chance nicht genutzt zu haben. Trotzdem bleibt, wenn ich unterwegs bin, immer ein Stück schlechtes Gewissen, dass meine Familie und die Freunde zu kurz kommen.

Das Netzwerk gegen Kinderarmut wurde von Ihnen mitbegründet. Die Pandemie hat jetzt unabwiesbar offengelegt, dass besonders einkommensschwache Familien davon betroffen sind. Wie sehr trifft das auf Sachsen-Anhalt zu und konnten Sie aus der Opposition heraus etwas für die betroffenen Kinder und Eltern tun?

Mich bewegt diese unfassbare Ungerechtigkeit ungemein. In meiner ersten Wahlperiode war Kinder- und Jugendpolitik mein Fachthema. Die Zahlen armer Kinder und Jugendlicher waren damals ähnlich hoch. Im Finanzausschuss konnte ich dann sehen, dass selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die fließenden Steuereinnahmen zu keinem Zeitpunkt diesen Kindern und Jugendlichen zugutekamen. Mir wurde klar, da müssen wir überparteilich aktiv werden, und ich bin wirklich stolz darauf, auch in Sachsen-Anhalt ein solches Netzwerk mit auf den Weg

gebracht zu haben. Das muss ernst genommen und dringend verändert werden. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, warum man dann aber Parteien wählt, die definitiv keine Antworten haben, gern aber in der Wunde rumstochern. Ich erwarte schon, dass genau hingeschaut wird, wo welche Partei Konzepte hat, um meine persönliche Situation oder die meiner Familie zu verbessern. Ich habe mir in all den Jahren die Fähigkeit bewahrt, viel zuzuhören und miteinander zu reden. Dazu gehört auch manchmal als Politikerin, klar zu sagen, da kann ich dir nicht helfen, weil das an anderer Stelle entschieden wird. Einfache Antworten auf schwere Fragen, die gibt es nicht. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Sachsen-Anhalter:innen genau hinschauen, wer wirklich ihre Interessen am besten vertritt.

Zukunftsforscher sagen, Zukunft hänge besonders von denen ab, die sie aktiv gestalten. Es müsse mehr über das Morgen als über das Heute nachgedacht werden. Das ist Aufgabe von Politik. Welche Zukunft möchten Sie für Sachsen-Anhalt?

Ich würde mir so sehr wünschen, dass wir irgendwann nicht mehr über das Thema Kinderarmut reden müssen. Ich möchte, dass die Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« irgendwann überflüssig ist, weil Menschen in Ost und in West und egal ob Mann oder Frau nicht nur das Gleiche für ihre Arbeit verdienen, sondern von ihrer Arbeit auch gut leben können. Wir brauchen eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Ich erachte gerade in der momentanen Situation mehr Mitspracherecht der Menschen in Sachsen-Anhalt für erforderlich. Ein »Pandemierat«, in dem Landtag, Landesregierung, Wissenschaft und Forschung, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kunst- und Kulturschaffende gemeinsam über den besten Weg aus dieser Krise beraten, wäre ein sinnvolles, notwendiges Gremium. Es reicht nicht, die Maßnahmen von oben nach unten durchzudrücken. Sie müssen verstanden und mitgetragen werden. Diesen Ansatz zu pflegen, mehr miteinander, mehr Solidarität zu wagen, das ist aus meiner Sicht das wichtige Zukunftsthema und dafür tragen wir als LINKE Verantwortung. Das Gespräch führte Gisela Zimmer.

gebracht zu haben. Ich habe da engagierte Partner:innen bei vielen Sozialverbänden, den Gewerkschaften, der SPD, CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen gefunden. Besonders gefreut habe ich mich, dass mein Antrag im Landtag, das Kindergeld nicht auf den Hartz-IV-Bezug anzurechnen – dass der tatsächlich von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen wurde. So wie der Antrag von mir und meiner Fraktion eingebracht wurde, wurde er auch beschlossen. Es ist manchmal durchaus möglich, auch aus der Opposition heraus erfolgreich zu sein, wenn man ein Thema glaubwürdig vertritt und dranbleibt.

Sachsen-Anhalt hat gesellschaftliche Verschiebungen aushalten müssen. Auch erhebliche nach rechts. Nicht selten aus Frust oder aus dem Gefühl heraus, mit den eigenen Nöten nicht ernst genommen zu werden. Können Sie das verstehen?

Was ich verstehe, sind Unsicherheit und Existenzängste. Mit großer Sorge beobachte ich, dass bis zu 60 Prozent der Jugendlichen Angst vor der Zu-

Für einen öffentlichen Klinikverbund kommunaler Krankenhäuser

Eine Lehre aus der Corona-Pandemie steht aus unserer Sicht schon fest: Das Gesundheitssystem muss wieder auf einer stabilen Basis stehen. Konzerne kaufen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – diese Entwicklung hat in Sachsen-Anhalt enorm zugenommen mit fatalen Folgen. Um darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, trafen sich Holger Waack, Oberarzt in Aschersleben und Betriebsrat in der dortigen Ameos-Klinik, und der LINKEN-Politiker Gregor Gysi.

Gysi: Herr Oberarzt, ich beobachte schon lange, dass sich Ameos als Privatkonzern gerade in Sachsen-Anhalt an den ehemaligen Kreiskrankenhäusern massiv bedient, um mit der Krankenversorgung Gewinne zu maximieren. In Ihrem Krankenhaus werden die Beschäftigten unterdurchschnittlich bezahlt. Von 600 Euro weniger als in öffentlichen Kliniken ist dort die Rede. Tarifverhandlungen lehnt das Unternehmen ab. Noch schlimmer, Sie als Betriebsrat sollten zwischenzeitlich aus der Klinik geworfen werden.

Waack: Ja, das stimmt. Ich habe mich allerdings erfolgreich gegen diese Maßnahmen gewehrt und werde wei-

terhin für faire Löhne streiten. Die Gehaltsunterschiede zwischen privaten und öffentlichen Krankenhäusern sowie in Ost und West sind eklatant. Abwanderung ist die Folge. Deshalb ist der Arbeitskampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag so wichtig. Ameos, mittlerweile an zehn Standorten in Sachsen-Anhalt präsent, zeigt, wie wichtig es ist, künftige Privatisierungen konsequent zu verhindern.

Gysi: Mit einer Privatisierung steigt der eh schon starke Druck des wirtschaftlichen Handelns in den Kliniken weiter an. Die Privatisierung hat immer zum Ziel, Gewinn zu machen und zu steigern und Kosten niedrig zu halten. Fließt kein Gewinn mehr, werden die Häuser geschlossen. Die Krankenhäuser sind durch die politischen Rahmenbedingungen zu Rendite-Objekten geworden statt zu Orten der Gesundheitsversorgung.

Waack: Genau. Und durch die Prämisse der Gewinnmaximierung verkommt bei vielen privaten Klinikbetreibern die Gesundheitsleistung am Patient zur Ware. Das Personal wird ausgedünnt und schlecht bezahlt. Ameos selbst wirbt Fachkräfte aus den benachbar-



ten EU-Ländern an, um den Weggang langjähriger Kolleginnen und Kollegen zu kompensieren. Dann wird argumentiert, der Weggang von Fachkräften entspräche der natürlichen Fluktuation. Die Klinik-Kette Ameos stand aus meiner Sicht bislang für Tariffucht, für ungleiche Gehälter bei gleicher Arbeit.

Gysi: Die Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gezeigt: In einem Krankenhaus muss man sich vornehmlich um Gesundheit kümmern, nicht um Profite. Dafür braucht die Gesundheitsversorgung eine stabile Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie eine klare politische Zuständigkeit, um private Klinikbesitzer wenigstens zu prüfen.

Waack: Wir brauchen eine Tarifbindung für alle an der klinischen Patientenversorgung Beteiligten. Das schließt Pflegekräfte und ärztliches, aber auch nicht medizinisch tätiges Personal ein. Die Löhne müssen sich an denen des öffentlichen Dienstes orientieren. Die Beschäftigten brauchen finanzielle Sicherheit, um sich gut um Patienten kümmern zu können.

Gysi: Ja, Tarifverträge wären wichtig. Aber sie fallen nun einmal nicht vom Himmel. Das Pflegepersonal muss in die Gewerkschaften zurückkehren, dazu gehören im Übrigen auch die Ärzte. Woran liegt es eigentlich, dass sie sich oftmals den Streiks oder kollektiven Tarifverhandlungen entziehen?

Waack: Die privaten Kliniken wollen die Mitbestimmung des Personals verhindern. Die Beteiligung der Ärzteschaft an den Streiks zu Jahresbeginn 2020 ließ auch in Aschersleben sehr zu wünschen übrig. Viele Ärztinnen und Ärzte werden außertariflich bezahlt, was dazu führt, dass die Solidarität unter den Ärzten und zwischen den Be-

rufungsgruppen immer weiter abnimmt. Leider denken viele nur an sich statt an die gesamte Belegschaft.

Gysi: Als wenn das alles nicht schon schlimm genug sei, gab es im Pandemie-Jahr 2020 sogar Schließungen von Kliniken. Und das in einer äußerst belastenden Situation für das Gesundheitssystem und alle Menschen. Die durch die Krise hervorgerufenen Mehrkosten im Gesundheitsbereich sollen, so ein Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, die öffentlichen Krankenversicherungen zahlen und damit jeder einzelne Beitragszahler – das heißt am Ende wieder weniger Netto vom Brutto statt Tarifverträge und Krisenzuschlag.

Waack: Ich bin sehr traurig darüber. Wir als Betriebsräte sind gut vernetzt untereinander und waren bestürzt, als im letzten Jahr in Havelberg das einzige Krankenhaus vollständig geschlossen wurde. Der private Investor sah es vermutlich als lukrativer an, die medizinische Versorgung zugunsten von Pflegeeinrichtungen aufzugeben. Solche Managemententscheidungen im Gesundheitswesen haben, nicht nur in Sachsen-Anhalt, krankenhausfreie Regionen zur Folge.

Gysi: Der Artikel 2 des Grundgesetzes steht für den Schutz der psychischen und physischen Gesundheit eines jeden Menschen ein. Von einer Zweiklassen-Gesellschaft bei der Gesundheitsversorgung ist dort keine Rede. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden, egal ob als Angestellte im privaten Unternehmen oder öffentlichen Dienst. Die Kette der Unruhen unter dem Klinikpersonal in Sachsen-Anhalt muss mit zeitgemäßer, an Tarife gebundener Bezahlung beantwortet werden. Das Outsourcing muss ebenfalls beendet werden.



Mit Leib und Seele Neustädter für Halle

Mit gerade 44 Jahren ist Hendrik Lange ein »alter Hase« in der Landes- und Stadtpolitik. Seit 2004 ist er Stadtrat in Halle, zwei Jahre später zog er erstmals in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein und 2019 forderte er zur Oberbürgermeisterwahl in Halle den Amtsinhaber heraus. Hochschul-, Wissenschafts- und Umweltpolitik sind die Themen, mit denen Hendrik Lange untrennbar verbunden ist. Genauso wie mit Halle-Neustadt, dem Stadtteil, wo der gebürtige Quedlinburger 1996 als junger Student ankam und bis heute geblieben ist.

Der Diplom-Biologe und Landtagsabgeordnete ist ein Kind der politischen Wende in der DDR. »Auch wenn ich zur Wende erst knapp 13 Jahre alt war, ging das Ereignis nicht spurlos an mir vorbei. In dieser Zeit entstand mein Interesse für Politik«, erinnert er sich. Als in den 90er Jahren in seiner Heimatstadt Quedlinburg Proteste gegen den Bau der Bundesstraße 6n laut wurden, engagierte sich Hendrik Lange erstmals aktiv. Nach nur wenigen Monaten als Student an der Uni Halle, plante er 1997 bei den deutschlandweiten Studierendenprotesten gegen die massive Unterfinanzierung der Universitäten Protestaktionen mit und wurde ein Jahr später in den Studierendenrat (StuRa) gewählt. Als bei den Hochschulen 1999/2000 massiv gekürzt wurde, organisierte Hendrik die damals aufflammenden Proteste maßgeblich mit. Dass die Partei seiner Wahl – die PDS – die damals regierende SPD tolerierte, nahm er schließlich zum Anlass, selbst einzutreten, um die Hochschulpolitik der PDS und heutigen LINKEN im Land Sachsen-Anhalt mit zu prägen.

»Unsere Hochschulen bringen das Land und besonders Halle voran. Sie bringen junge Menschen in die Stadt, schaffen neues Wissen und sind die Innovationsmotoren schlechthin«, so Lange.

Für ihn ist es indiskutabel, dass Hochschulen weitere Kürzungen erfahren sollen. Vielmehr sei es seiner Meinung nach nötiger denn je, dass Hochschulen gut ausgestattet sind. »Ob die Corona-Pandemie oder der Strukturwandel – Wissenschaft und Hochschulen sind essenziell, um diese Krisen und Herausforderungen zu bewältigen«, fügt Hendrik Lange hinzu.

Für ihn, der im Nebenfach Naturschutz studierte, ist auch der Kampf gegen den Klimawandel ein entscheidendes Politikfeld. »Eine intakte Umwelt ist die Grundvoraussetzung für unser Leben. Die Natur zu schützen und die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen, ist DER Überlebenskampf der Menschheit«, sagt er. Maßnahmen gegen den Klimawandel dürften aber nicht zu Lasten derjenigen gehen, die jetzt schon wenig haben. Für Hendrik Lange sind soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Wie wichtig es ist, soziale Gerechtigkeit immer im Fokus zu haben, weiß Hendrik Lange auch mit Blick auf sei-

nen Wahlkreis 35, in dem er selbst lebt und für dessen Bewohner:innen, Interessen und Anliegen er sich im Landtag und in der Stadt weiter stark machen möchte. »Es gibt in Halle-Neustadt Viertel mit 70 Prozent Kinderarmut. Das darf niemanden kalt lassen. Umso mehr brauchen wir beste Bildung, sie ist der Schlüssel für sozialen Aufstieg«, sagt er. Dazu gehören für ihn kostenlose Kita-Plätze genauso wie gut aufgestellte Schulsozialarbeit. »Insgesamt muss die soziale und kulturelle Infrastruktur erhalten und weiter ausgebaut werden. Sie ist das A und O, um Menschen im Alltag zu unterstützen und am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.« Für Hendrik Lange heißt das konkret, soziokulturelle Einrichtungen wie die Grüne Villa, den Bürgerladen, die Pustelblume oder den Seniorenkreativverein zu fördern. Das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen in Vereinen oder in den freiwilligen Feuerwehren müsse noch stärker gewürdigt und unterstützt werden, ist er der Meinung.

Vor allem schaut Hendrik Lange sehr optimistisch auf die Entwicklungschancen seines Wahlkreises. Großes

Potential sieht er etwa darin, Halle-Neustadt, den Weinberg-Campus und Heide-Süd ganzheitlich in Fragen der Stadtentwicklung zu denken. Das wichtigste Zukunftsprojekt in Heide-Nord ist für ihn, den Stadtteil an das Straßenbahnnetz anzubinden. Für die Heide selbst hat er einen gesunden und nachhaltigen Waldumbau im Blick. Dem Thema Verkehrswende räumt er Priorität für die gesamte Stadt ein. Das heißt konkret, den ÖPNV auszubauen und mehr Platz für Radfahrer:innen durch eine gut ausgebaute Radinfrastruktur zu schaffen. Damit sind auch Stadtteile wie Dörlau und Nietleben, aber auch Lettin besser erreichbar.

Radwege nutzt er auch selbst gern. Sowohl auf Dienstwegen in der Stadt als auch auf gemeinsamen Freizeittouren mit seinem Mann, mit dem er seit zehn Jahren in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt. Abschalten vom politischen Alltag kann Hendrik Lange auch gut, wenn er dem Biologen und Naturliebhaber in sich den Vorrang lässt. Sei es mit diversen Blümenträumen bei ihm zu Hause auf Balkonien oder im Garten am Passendorfer Damm.

Hendrik Lange – Für Sie direkt in den Landtag, weil ...

- ihn Ungerechtigkeiten ernsthaft aufregen,
- er sich für unsere Hochschulen und die Wissenschaftslandschaft einsetzt,
- er die Proteste junger Menschen als Chance für Veränderung sieht,
- er für Klimaschutz kämpft,
- er das Fahrrad zu seinem Dienstfahrzeug gemacht hat,
- er weiß, wie wichtig Natur und Umwelt für die Menschen sind,
- er gern mitten in Halle-Neustadt wohnt,
- er sich konsequent für soziale Gerechtigkeit einsetzt,
- er eine starke Stimme für Halle ist,
- er für SIE Politik macht.



Foto: Nancy Gior

Neue Mobilität für Halle

Hallenser:innen, die letztes Jahr das Volksbegehren gegen den Lehrkräftemangel unterstützt haben, sind Dirk Gernhardt wahrscheinlich schon begegnet. Wochenlang klärte er in der Stadt mit vielen Mitstreiter:innen über die Bildungsmisere an Sachsen-Anhalts Schulen auf und sammelte über 9 000 Unterschriften für mehr Lehrer:innen und pädagogische Mitarbeiter:innen. Dass das Volksbegehren am Ende doch nicht erfolgreich war, ist für den jungen Mann erst recht Motivation, das Thema gute Bildung weiterhin in den Fokus zu nehmen. Mit seiner Landtagskandidatur im Wahlkreis 36 fordert er selbstbewusst den amtierenden CDU-Bildungsminister Marco Tullner im Kampf um das Direktmandat heraus – und kämpft damit vor allem für eine bessere Bildungspolitik, die die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen des Landes endlich verbessert.

Der 35-jährige studierte Gymnasiallehrer für Mathematik und Geschichte ist ein Freund deutlicher Worte. »Die Landesregierung hat in der Bildungsfrage komplett versagt. Gesicht dieses Versagens ist Bildungsminister Marco Tullner«, sagt er. Eine zunehmend dramatische Lehrkräftesituation, immer mehr Unterrichtsausfall und mehr als 11 Prozent aller Schüler:innen in Sachsen-Anhalt, die die Schule gänzlich ohne Abschluss verlassen, gehören zur bitteren Bilanz von Tullner. Es ist vor allem dessen politisch unambitioniertes und hilfloses Verhalten, das Gernhardt kritisiert.

Wenn seine erste Direktkandidatur für den Landtag von Sachsen-Anhalt erfolgreich ist, will er es anders machen. »Wer die Zukunft gestalten will, muss sich vorwärts trauen. Unseren Kindern, unserer Umwelt und unserem Klima sind wir es schuldig, die Probleme dieses Landes endlich mutig anzugehen.« Dabei lässt der zweifache Vater durchblicken, für welche Themen und Ziele er sich neben der Bildungspolitik im Landtag und in seinem Wahlkreis starkmachen will: Für eine nachhaltige Stadtentwicklung und eine tiefgreifende Mobilitätswende, die den Herausforderungen des Klimawandels Rechnung tragen und sozial gerecht sein muss.

Apropos vorwärts trauen: »Halle soll einen ticketfreien Nahverkehr bekommen«, so Dirk Gernhardt. Pilotprojekte dazu in anderen Städten hätten gezeigt, dass viele Menschen bereit sind, auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umzusteigen, wenn er finanziell günstig, gut ausgebaut ist und eine Taktung hat, mit der man sein Ziel schnell erreicht. »Die Klimakrise bekommt man nur mit weniger Emissionen im Verkehrssektor in den Griff, da spielt der Nahverkehr eine entscheidende Rolle«, fügt Gernhardt hinzu. Finanziert werden soll das am Anfang durch das Land, das gleichzeitig die gesetzlichen Grundlagen für eine sozial gestaffelte Umlage durch



Einwohner:innen, Unternehmen und die Beherbergungsbranche schaffen muss.

Für den derzeitigen Wahlkreismitarbeiter der LINKEN Bundestagsabgeordneten Petra Sitte und stellvertretenden Stadtvorsitzenden der LINKE. Halle gibt es in Sachen Mobilität ein deutliches Credo. »Mobilität ist Leben. Wer nicht mobil sein kann, kann an einer Gesellschaft schlecht teilhaben. Sie darf nicht vom Einkommen abhängen und muss für alle offen und praktikabel sein«, sagt er. Das eigene Auto ist gerade in Großstädten für viele verzichtbar. Neben einem günstigen ÖPNV für alle setzt Dirk Gernhardt auf gut ausgebaute Rad- und Fußwege und neue Lösungen im Bereich Carsharing oder Mikrotransport. Kurzum: auf einen neu verteilten öffentlichen Raum, der Radler:innen und Fußgänger:innen mehr Platz als bisher bietet.

Für den gebürtigen Ilmenauer, der 2004 sein Studium an der MLU begann, ist Halle die Stadt, in die er sich »verliebt hat. Hier die künftige Stadtentwicklung mitzugestalten, ist ihm ein weiteres wichtiges Anliegen. »Halle ist attraktiv, durch die Hochschulen kommen immer wieder viele neue

Menschen, die das Leben bereichern«, sagt er. Diese jungen Menschen, die später vielfach Familien gründen, neben den Alteingesessenen in Halle zu halten, sei die Hauptaufgabe. Für Dirk Gernhardt gelingt das mit guten Arbeitsplätzen, einer offenen Stadtgesellschaft, kulturellen Angeboten und einem attraktiven Wohnumfeld. Klar ist auch, dass sich die Stadtentwicklung an den Klimawandel anpassen muss. Etwa durch mehr Stadtgrün, Spielplätze, Wasserreservoirs, Dach- und Fassadenbegrünungen oder Photovoltaikanlagen.

Dirk Gernhardt freut sich auf die Herausforderung, Halle und den Wahlkreis 36 im Landtag zu vertreten. Dabei will er den Austausch mit den Menschen, Unternehmen und Initiativen vor Ort suchen und gemeinsam mit ihnen Ideen entwickeln. »Ob der Größe und Länge des Wahlkreises ist der Nahverkehr von entscheidender Bedeutung, muss man sich doch einmal durch die halbe Stadt schlängeln, um vom nördlichsten zum südlichsten Teil zu kommen«, bleibt er sich treu. Sein Wort drauf: Auch als Landtagsabgeordneter wird man ihn nicht hinter dem Steuer eines Autos sehen, aber dafür im ganzen Wahlkreis unterwegs, und das vor allem auf seinem Rad.

Dirk Gernhardt – Für Sie direkt in den Landtag, weil ...

- der Bildungsminister die Quittung für seine Politik auch direkt bekommen muss,
- er sich als Nachteule auch um 2 Uhr in der Früh für Sie einsetzt,
- die soziale Frage in Halle nicht durch die neoliberalen Ideen der letzten 30 Jahre gelöst wird,
- er durch seine Leidenschaft für Bücher und Spiele jede Menge Fantasie für politische Ideen hat,
- die Klimakatastrophe zu verhindern keinen Aufschub mehr erlaubt,
- Häuser eine begrünte Fassade und eine regenerative Stromversorgung auf dem Dach brauchen,
- Fahrradfahren einfach mehr Spaß macht, wenn es eine Lobby dafür gibt,
- er sich auch mit Freund:innen über Autos vs. ÖPNV streitet, wenn es notwendig ist,
- er sich für eine ökologische Verkehrswende einsetzt und der Nahverkehr ticketlos werden muss,
- über 700 km Eisenbahnschienen im Land darauf warten, reaktiviert zu werden.

Foto: Nancy Glor

Unser Team für Halle

Parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit sind für DIE LINKE untrennbar. Das steht nicht nur in unserem Grundsatzprogramm, sondern ist gelebte Realität. Wir verstehen uns als Scharnier zwischen Parlament und emanzipatorischen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen Menschen darin bestärken, für ihre Interessen selbst aktiv zu werden.

Denn die Verteidigung von Freiheit und Demokratie und eine progressive Veränderung der Gesellschaft, müssen erstritten werden – in den Parlamenten und in der Zivilgesellschaft. Wir sind dabei so vielfältig unterwegs, wie es die Realität erfordert: bei Aktionen, Demonstrationen, Streiks, – kurzum mit außerparlamentarischem Druck, genauso wie bei Straßenfesten und Infokampagnen. Wir kämpfen zusammen mit Antifaschist:innen, Gewerkschaften, Klimaschutzbewegungen und Bündnissen für höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung, armutsfeste Renten, bezahlbare Mieten und kostenfreien Nahverkehr. Wir streiten für eine gute Gesundheitsversorgung, die allen zugute kommt, bessere Bildung mit mehr Lehrer:innen, für globale Ge-

rechtigkeit und Frieden. Wir setzen uns für Klimaschutz und eine sozial-ökologische Transformation ein. Wir kämpfen um sichere Häfen und Perspektiven für Geflüchtete.

Kurz: Wir stehen für Solidarität!

Gerade Halle zeigt: Erfolge sind machbar. Das Aus für das Haus der Identitären Bewegung ist ein Erfolg der Vielen.

Wir sind auf allen Ebenen aktiv – mit Petra Sitte im Bundestag, Henriette Quade und Hendrik Lange im Landtag, mit unserer Fraktion im Stadtrat von Halle, den unzähligen ehrenamtlich Engagierten in Stadtvorstand und im LINKEN LADEN, in (Förder-)Vereinen, Stadtteilinitiativen oder Bündnissen.

Gemeinsam mit Euch wollen wir diesen Weg weitergehen, Euch ermutigen und unterstützen. Gemeinsam mit Euch Kämpfe führen, Menschen bewegen, linke Politik machen und Gesellschaft verändern. Veränderung braucht eine starke Linke in der Gesellschaft und eine starke LINKE in den Parlamenten. Und unser Team für Halle.

Schulsozialarbeit sichern

Konflikte gehören zum Leben. Ob mit anderen Schüler:innen, Lehrer:innen oder zu Hause – es kann viele Situationen geben, in denen jungen Menschen die Probleme über den Kopf wachsen. Gut, wenn es dann an der Schule jemanden gibt, an den man sich vertrauensvoll wenden kann, der Rat gibt oder einfach nur zuhört. Das und vieles mehr leisten Schulsozialarbeiter:innen. Sie werden dringend an jeder Schule gebraucht. Derzeit ist unklar, wie es mit der Finanzierung der Schulsozialarbeit wei-

tergeht. Das verunsichert Schulen, die Träger:innen von Schulsozialarbeit und die Schulsozialarbeiter:innen selbst. Wir als LINKE bekennen uns klar zur Schulsozialarbeit als dauerhafte Aufgabe, die auch dauerhaft finanziert werden muss. Dabei hat sich das System der externen Träger:innen bewährt. Denn es ist gerade der Blick von außen, der bereichert und zugleich unabhängig macht. Wir wollen gute Schulen als Lern- und Lebensort. Ein Baustein dafür ist kompetente Schulsozialarbeit.



Kindertagesstätten stärken

Während des Lockdowns wurde vielen erst richtig bewusst, wie wichtig Kindertagesstätten sind. Sie sind schon lange nicht mehr nur Betreuungsorte, sondern Bildungsstätten. Aber um dem gerecht werden zu können, brauchen die Einrichtungen wesentlich mehr Erzieher:innen, denn was man im Kindesalter lernt, das bleibt oft ein ganzes Leben im Gedächtnis. Darum braucht jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, was jedoch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Darum wollen wir die Elternbeiträge abschaffen und ein kostenloses Mittagessen einführen.

Halle für alle



DIE LINKE will, dass Halle eine Stadt für alle ist. Wir wollen den kulturellen Reichtum der Stadt fördern und kämpfen gegen Armut. Wir wollen gerechte Renten und die Kindergrundsicherung. Wir streiten für gute Infrastruktur, Beratungsnetzwerke, Freizeitangebote und freie Soziokultur. Wir sorgen uns um diejenigen, die abhängig sind von staatlicher Unterstützung, und um die, die versuchen, ihr Unternehmen durch die Corona-Krise zu bringen. Wir widersprechen laut und deutlich, wenn Nazis und Rassisten zwischen »Wir« und »Die« unterscheiden und gegen einzelne Bevölkerungsgruppen oder Menschen hetzen. Wir kümmern uns um Sicherheit, aber streiten leidenschaftlich gegen eine Law-and-Order-Politik. Das alles gehört für uns als LINKE zum Gesamtkonzept einer lebenswerten Stadt – Halle für alle eben. Für Junge und Alte, hier Geborene wie Zugezogene, Menschen auf der Suche nach Freiraum wie für die, die auf der Suche nach Unterstützung sind. Gelingen kann das nur mit einem grundsätzlichen Politikwechsel. Solidarität statt Ellenbogen muss die Devise sein. In Halle, in Sachsen-Anhalt und im Bund. Dafür werben wir um Ihre Unterstützung.

Ihre Petra Sitte

Mobilität für alle – bezahlbar und gut

Mobil zu sein ist aktueller denn je – als Anforderung an und als ein Grundbedürfnis von Menschen, und zwar sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum. Damit gehen wichtige gesellschaftliche Fragen einher. Wer darf oder soll wie viel Platz bekommen? Ist der Raum fair verteilt und welche Schritte müssen wir künftig gehen, um allen gerecht zu werden? Die jährlichen Preiserhöhungen beim öffentlichen Nahverkehr machen ihn als Alternative zu anderen Verkehrsmitteln unattraktiver. Uns stört das und deshalb kämpft DIE LINKE seit Jahren nicht nur für einen gut ausgebauten und preiswerten ÖPNV, sondern will perspektivisch, dem Beispiel

anderer Städte und Länder folgend, auch einen ticketfreien Nahverkehr in Halle. Mehr gut angeschlossene Park-and-Ride-Parkplätze am Stadtrand sollen dann auch den 70 000 Pendler:innen die Möglichkeit geben, ohne Auto in der Stadt bestmöglich an ihr Ziel zu kommen. Das muss das Land fördern.

Auch der Radverkehr ist nicht einfach irgendein Freizeitvergnügen, sondern ein wichtiger Baustein der Mobilität tausender Hallenser:innen. Deshalb brauchen wir gute Rad- und Fußwege, damit Radfahren und Laufen für noch mehr Menschen Verkehrsalternativen werden. Hier wie auch



beim ÖPNV gibt es jedoch große Probleme, die dafür sorgen, dass für viele Menschen das Auto im Alltag noch immer unerlässlich ist. Damit aber der motorisierte Individualverkehr reduziert und immer mehr Menschen auf Bahn und Rad umsteigen oder laufen können, ist für uns als LINKE eine ökologische Verkehrswende ein wichtiger Baustein einer lebenswerten und klimagerechten Stadt.

Dafür braucht es jedoch nicht nur ein gestadtweites Verkehrskonzept, sondern auch ein Förderprogramm des Landes für Rad- und Fußwege und neue Finanzierungsmodelle für Bus und Bahn.

Antifaschistische Politik ist nötiger denn je

Wo auch immer in Halle Protest gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit auf die Straße getragen wird – Henriette Quade ist dabei, mindestens als Teilnehmerin, oft als Mitorganisatorin. Seit 2011 ist sie auch als hallesche Landtagsabgeordnete der LINKEN bekannt, die konsequent für Weltoffenheit und Antifaschismus eintritt und es versteht, zivilgesellschaftliches, außerparlamentarisches Engagement mit versierter Arbeit im Landtag zu verbinden. Heute ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag. Innenpolitik, Migrations- und Asylpolitik und antifaschistische Politik sind ihre Themen. Sie arbeitete in zwei Untersuchungsausschüssen mit, u. a. zum rassistischen und antisemitischen Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019. Für einen weiteren kämpft sie leidenschaftlich: »Dass der Tod Oury Jallohs noch heute nicht aufgearbeitet ist, ist beschämend und politisches Versagen«, so Henriette Quade.

»Antifaschistische Politik ist nötiger denn je«, sagt Henriette, die im Wahlkreis 37 für DIE LINKE antritt. »Verlieren wir den Kampf gegen die extreme Rechte, verlieren wir alle Kämpfe und Spielräume«, fügt sie hinzu. Ihre Analyse ist klar und muss für Demokrat:innen Aufruf zum Handeln sein: »Die extreme Rechte will die Gesellschaft zerstören und zur Volksgemeinschaft umbauen. Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit oder Klimaschutz wären in einer solchen Gemeinschaft nicht mehr zu erstreiten.«

Die Mutter eines Sohnes ist in Halle geboren, aufgewachsen und ist der Stadt treu geblieben. Bevor sie 2011 als eine der damals jüngsten Abgeordneten in den Landtag gewählt wurde, studierte sie hier Germanistische Literaturwissenschaft, Zeitgeschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In ihrer Jugend gab es zwei Schlüsselereignisse, die Henriette Quade zu der politisch denkenden und engagierten Frau gemacht haben, die sie heute ist. 1998 begann der Kosovo-Krieg, und die rechts-extreme DVU zog in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein. »Beides waren Schockerlebnisse und dagegen wollte ich etwas tun«, erinnert sie sich.

Nicht tatenlos bleiben – das ist der Anspruch, den Henriette an sich selbst stellt und an die, deren Aufgabe es ist, bei Unrecht nicht tatenlos zu bleiben. »Wir stehen an der Seite der Betroffenen rechter Hetze, sind solidarisch mit Aktivist:innen und sorgen für Aufklärung«, sagt sie. »Und wir müssen staatliche Stellen immer wieder darauf stoßen, was ihre Aufgaben im demokratischen Rechtsstaat sind. Nämlich nicht wegzusehen, nicht zu verharmlosen, wenn es um rechten Terror und rechte Gewalt geht. Vor allem müssen sie endlich handeln, um rechten Terror wie am 9. Oktober 2019 in Halle zu bekämpfen.«

Dass sich die junge Frau, die viele als Jette kennen, in Halle wohlfühlt, liegt auch daran, dass es in der Stadt viele Menschen gibt, die sich Nazis entgegenstellen. »Ich schätze die vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft, die Halle immer wieder auch zu einer Stadt gemacht hat, in der es Nazis nicht leicht haben«, sagt sie.

Henriette Quade tritt bei den kommenden Landtagswahlen als Direktkandidatin im Wahlkreis 37 an – bislang hat sie den halleschen Süden vertreten. Ihr Wahlkreis umfasst städtische Randgebiete wie Mötzlich und Seeben und ist durch die Altstadt, die nördliche Innenstadt, Giebichenstein und das Paulusviertel geprägt. Schaut man unter dem Aspekt auf bisherige Wahlergebnisse, was hier in der Gesellschaft, in Anwohner:innen-Initiativen, Integrationsprojekten und bei Aktionen gegen rechts passiert, kann man vermuten, dass im Wahlkreis 37 viele Menschen genau das umtreibt, was Henriette Quade sich auf die Fahnen geschrieben hat. Dabei hat sie im Blick, dass ihr Wahlkreis und die Stadt von vielfältigen, zum Teil gegensätzlichen Interessen und da-

raus resultierenden Konflikten geprägt wird. »Es ist Aufgabe von Politik, dafür zu sorgen, dass Senior:innen keine Flaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen«, sagt sie und erinnert daran, dass Gentrifizierung nicht vom Himmel gefallen ist, sondern dort passiert, wo sie zugelassen wird. »Wir brauchen eine solidarische Politik – erst recht in Bezug auf die Corona-Krise. Vor allem die Kunst-, Kultur- und Gastronomiebranche braucht in der Pandemie verlässliche, existenzsichernde Unterstützung.« Dafür macht sie sich genauso stark wie für junge Menschen, die sich in der Stadt treffen wollen und ständig Ärger mit Polizei und Ordnungsamt bekommen. »Repression und Ordnungspolitik sind dafür keine Lösung. Vielmehr braucht es soziale Infrastruktur und Freizeitmöglichkeiten«, sagt sie.

Linke Subkultur, etwa Konzerte, weiß sie nicht zuletzt auch privat zu schätzen. Ihre freie Zeit genießt Henriette Quade gern mit ihrer Familie. Schafft so etwas den nötigen Ausgleich? »Ja. Und der Boxsack, den mir meine Familie vor ein paar Jahren geschenkt hat«, antwortet sie lachend.

Henriette Quade – Für Sie direkt in den Landtag, weil ...

- ihre Anfragen zu Vorgängen in der extremen Rechten wichtige Grundlagen für Transparenz und journalistische Recherche liefern,
- sie das Thema einer solidarisches Flüchtlingspolitik immer wieder auf die Tagesordnung des Landtags bringt,
- sie zwar gut reden kann, es aber nie nur dabei belässt,
- sie parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit miteinander verbindet,
- sie nicht nur Fachliteratur über Nazis liest, sondern sich ihnen zusammen mit Gleichgesinnten vor Ort entgegenstellt,
- sie eine wichtige Ansprechpartnerin für engagierte Menschen in Sachsen-Anhalt ist – von der Arbeit für Geflüchtete bis zum Versammlungsrecht,
- Halle und Sachsen-Anhalt nicht weniger, sondern mehr Antifaschismus brauchen,
- weil die Kenia-Koalition im Kampf gegen rechts versagt – die CDU vom Schlimmsten abzuhalten reicht nicht,
- weil sie nicht nur kritisiert, sondern ihre Kritik auch mit konkreten Vorschlägen verbindet,
- weil die extreme Rechte nichts so sehr auf die Palme bringt wie selbstbewusste Frauen.



Foto: Nancy Gior

Soziale Gerechtigkeit in neuen Dimensionen denken

Es gab ein Schlüsselereignis, das Janina Böttger zur Partei DIE LINKE führte. 2002 – DIE LINKE hieß damals noch PDS –, wurden mit dem wiedergewählten Kanzler Schröder die Hartz-Reformen in der Bundesrepublik umgesetzt. Für die heute 38-jährige war damals klar, dass es eine Partei braucht, die für diejenigen kämpft, die es schwer in einem Leben haben, wo vor allem die ökonomische Verwertbarkeit des Einzelnen zählt. Die in Armut und unversicherter Arbeitslosigkeit leben oder in sie geraten. »An die sonst keiner denkt«, bringt sie es auf den Punkt.

19 Jahre später will die studierte Verwaltungsmanagerin erstmals den Sprung in den Landtag von Sachsen-Anhalt wagen. Im Wahlkreis 38 geht Janina Böttger als Direktkandidatin für DIE LINKE ins Rennen. Die Themen soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung haben die junge Frau bis heute nicht losgelassen. »Ich möchte Brücken bauen zu den Menschen, die sich abgehängt fühlen. Zukunft besser zu machen als die Gegenwart, schaffen wir nur gemeinsam. Solidarität und Gemeinschaft sind für mich Leitgedanken«, sagt sie.

Die Mutter zweier Kinder hat klare Vorstellungen davon, wie sie ihre politischen Leitgedanken auf die Themenfelder überträgt, denen sie sich im Landtag und im halleischen Wahlkreis 38 konkret widmen möchte. Scheinbar wagt sie einen Spagat, wenn sie sich gegen Armut und für gute, zukunftsfähige Arbeitsbedingungen starkmachen und die Themen Digitalisierung und sozial-ökologischer Umbau anpacken will. »Gerade in der Corona-Krise ist aber sehr deutlich geworden, dass die, die digital abgehängt sind, auch sozial abgehängt sind«, so Janina Böttger. Wenn in der Freizeit keine Videotele-



Foto: Nancy Gloor

Janina Böttger – Für Sie direkt in den Landtag, weil ...

- sie Kindern mehr Chancen und Sicherheit ermöglichen will,
- sie mit IHNEN gemeinsam Halle verändern will,
- Sachsen-Anhalt mehr verdient hat als Niedriglöhne,
- sie sich nicht verbiegen lässt,
- sie mit Herz und Verstand kämpft,
- Halle mehr und bessere Arbeitsplätze braucht,
- Digitalisierung und Schnecken-tempo sich gegenseitig ausschließen,
- sie nicht nur an Pullovern, sondern auch neuen Ideen stricken will,
- weil sie mit Leidenschaft und Ausdauer bei der Sache ist,
- Jugendliche freie Räume zur Entfaltung brauchen.

fonie mit Freund:innen, während des Lockdowns kein Homeschooling oder im Job kein Homeoffice möglich sind, dann haben Armut und soziale Ungerechtigkeit eine weitere Dimension erreicht. Konkrete Lösungen umzusetzen – etwa eine digitale Grundsicherung – ist für sie genauso ein Anliegen, wie die Herausforderungen des Klimawandels mit einem klaren sozialen Kompass anzupacken.

In Halle lebt die gebürtige Merseburgerin seit 2007. »Ich liebe den Mix aus Moderne, Kultur, wunderschönen alten Häusern und grüner Lunge«, sagt sie über die Stadt, die sie gerne auch joggend für sich entdeckt. In ihrem Wahlkreis, zu dem die Südstadt und die Silberhöhe, aber auch Einfamilienhaus-Siedlungen wie Kanena, Reideburg, Büschdorf und der Dautzsch gehören, sieht sie großes Potential. »Die Nähe zur Natur macht Wohnen und Leben hier attraktiv, auch in der Waldstadt Silberhöhe setzt man genau darauf.« Janina Böttger weiß um die sozialen und gesellschaftlichen Unterschiede in ihrem Wahlkreis, zu dem auch Stadtteile mit großen Problemlagen

gehören. Armut, vor allem Kinderarmut, Langzeitarbeitslosigkeit und allgemeine Perspektivlosigkeit, das Gefühl, im gesellschaftlichen Abseits zu stehen, prägen hier das Leben vieler Menschen.

Janina Böttger will diesen Menschen eine Stimme geben, ihnen mehr Gehör verschaffen. Menschen, die mehr für steigende Lebenshaltungskosten bezahlen müssen, aber nicht mehr verdienen, Kurzarbeitergeld oder Hartz IV beziehen oder alleinerziehend den Alltag bewältigen müssen. Als langjährige Referentin der Landtagsfraktion DIE LINKE nimmt sie deshalb das Thema Arbeit fest mit in den Blick. Sie will sich für mehr und gut bezahlte Arbeitsplätze in Halle starkmachen und ist überzeugt, dass der Arbeitsbegriff neu definiert werden muss. »Arbeit muss mehr als Erwerbsarbeit sein. Vor allem braucht es zukunftsfähige, flexible Arbeitszeitmodelle, die mehr Freizeit und Zeit für die Familie ermöglichen, und von denen man leben kann.«

Gemeinsam mit den Menschen in ihrem Wahlkreis will Janina Böttger Ide-

en entwickeln, wie der Süden Halles neu belebt werden kann. Sie will mehr Augenmerk auf die Natur legen, sie schützen, aber auch nutzen, um Wohn- und Lebensbedingungen – insbesondere für Familien – attraktiver zu machen. Die Potentiale des Wahlkreises, etwa für kleine Unternehmen, will sie stärker ausschöpfen. »Mir liegt auch am Herzen, gemeinschaftliche Einrichtungen wie Stadtteilkaufäden zu fördern.«

Janina Böttger, die auch stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN ist und im Vorstand der Stadtpartei arbeitet, brennt seit langem für all die Themen, die sie als Abgeordnete des künftigen Landtages anpacken will. Sicher ist, dass sie auch dann nicht von einem ihrer Lieblingshobbys lassen wird. Wenn sie nämlich mal nicht an politischen Ideen und Visionen strickt, dann an Pullovern, Mützen oder Schals. An erster Stelle steht jedoch ihre Familie, wenn es darum geht, dem hektischen politischen Alltag auch mal zu entfliehen. »In ihr finde ich Ausgleich und tanke Kraft und Energie für das, was ich für Halle erreichen will.«

Mehr Chancen durch bessere Bildung – für alle und von Anfang an!

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft – das bestreitet kaum jemand. Doch getan wird dafür seit Jahren viel zu wenig. Die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem sind der Lehrkräftemangel, die fehlende Perspektive für die Schulsozialarbeit, der Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule, die mangelnde Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen und nicht zuletzt der Rückstand in der digitalen Ausstattung. Das sind die Folgen von fast 20 Jahren CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt, in denen die Qualität der schulischen Bildung und der Schulabschlüsse immer weiter gesunken ist. Wir wollen das ändern und den Mangel in unseren Schulen beenden.

Während der Zeit der Pandemie wurden durch die teilweise oder vollständige Aussetzung des Präsenzunterrichts viele Schüler:innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Wir wollen die erforderlichen Ressourcen mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen. Durch höhere Investiti-

onen in Bildung wollen wir verhindern, dass der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen weiterhin so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt.

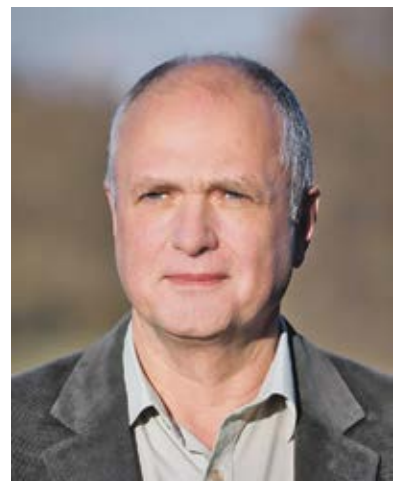
Dazu zählt eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive, um schnellstmöglich bis zu 2 000 zusätzliche Lehrkräfte und bis zu 1 000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter:innen bedarfsgerecht in den Schulen einsetzen zu können. Es gilt aber auch, digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen. Dafür sollen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für ein leistungsfähiges Internet und jede Schülerin und jeder Schüler ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang erhalten.

In den letzten Jahren haben sich die Gemeinschaftsschulen als Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert, weil hier die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diese Schulform wollen wir wieder stärker fördern. Gemeinschaftsschulen sollen durch

mehr praxisorientiertes Lernen ein polytechnisches Profil herausbilden. Außerdem sollen sie künftig alle schulischen Abschlüsse einschließlich der Fachhochschulreife und des Abiturs anbieten können.

Unsere besondere Unterstützung brauchen vor allem die vielen Schüler:innen, die jedes Jahr unsere Schulen ohne einen regulären Schulabschluss verlassen. Für sie ist es äußerst schwer, später im Leben richtig Fuß zu fassen – für sie und für uns alle werden wichtige Potenziale vergeudet. Wir wollen deshalb durch mehr individuelle Förderung sowie Angebote für »Produktives Lernen« und »Werkstattunterricht« die Möglichkeiten zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern.

Bei der Bildung kommt es vor allem auf einen gelingenden Anfang an. Deshalb müssen die Kindertageseinrichtungen noch stärker als Orte frühkindlicher Bildung profiliert werden, wo die Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, sich



Thomas Lippmann

entwickeln und voneinander lernen können. Wir wollen, dass alle Kinder die Tageseinrichtungen wieder uneingeschränkt für täglich 10 Stunden besuchen können und dieser Besuch für die Eltern beitragsfrei ist. Außerdem wollen wir bis zu 3 000 Erzieher:innen zusätzlich einstellen und die Arbeit mit dem bewährten Programm »Bildung elementar« intensivieren.

Sachsen-Anhalt soll sich zu einem Bildungsland mit besseren Chancen für alle entwickeln und das von Anfang an!
Thomas Lippmann

Wer bezahlt die Krise?

Die Landtags- und Bundestagswahl 2021 werden mit ihrem Ausgang eine Frage beantworten, die die Politik der nächsten Jahre dominieren wird. Die Frage lautet: Wer bezahlt die Krise? Hier stehen sich zwei Strategien gegenüber.

DIE LINKE will für gute Schulen, gute Kinderbetreuung, für ein leistungsfähiges staatliches Gesundheitswesen, für eine Rentengarantie und vieles mehr die öffentlichen Haushalte stärken. Dazu braucht es Geld und dieses Geld ist ausreichend in unserer Gesellschaft vorhanden.

Auch und gerade während der Krise wuchsen sowohl international als auch in Deutschland die großen Vermögen weiter stark an, während viele Menschen in unserem Land in existenzielle Bedrängnis gerieten. Diese Entwicklung vollzieht sich aber schon seit vielen Jahren. Der frühere SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte zusammen mit den Grünen eine grundgesetzkonforme Vermögensbesteuerung verhindert. Angela Merkel hat diese Politik zugunsten einiger Tausend Familien in der Bundesrepublik fortgeführt. Und selbst jetzt, in der Corona-Krise, reagiert die CDU auf die Vorschläge, endlich die Superreichen für die Finanzierung der Krise heranzuziehen, allergisch und malt Schreckensgespenster an die Wand. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich mit den Mächtigen anlegt. Wir for-



dern eine Vermögensabgabe, die über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich zwischen 17 und 34 Milliarden Euro zur Unterstützung der öffentlichen Daseinsfürsorge bereitstellen würde. Übrigens ist diese Idee im Grundsatz nicht neu. Sie ist schon einmal in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt worden, und zwar von dem CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Mit diesem Vorschlag trifft DIE LINKE den Nerv der Menschen in Sachsen-Anhalt. Im September 2020 befragten 62 Prozent der Befragten in unserem Land nach einer von uns beauftragten Umfrage zu Stimmungen und Meinungen im Land eine solche Vermögensabgabe zur Finanzierung

der Kosten der Pandemie, übrigens auch 65 Prozent der befragten CDU-Wähler:innen. Aber ganz gleich ob Vermögensabgabe oder Vermögenssteuer, die direkt in den Landeshaushalt fließen würde, die Besteuerung der großen Vermögen hat auch noch eine andere Funktion. Die starke Konzentration von Geld in den Händen des reichsten Tausendstels in Deutschland hat fatale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt, denn Konzentration von Geld ist immer auch eine Konzentration von Macht. Macht, die sich politisch nicht kontrollieren lässt, sondern so stark ist, dass gewählte Politiker:innen wie Bettler um die Gunst der Superreichen ringen. So etwas aber macht eine Gesellschaft kaputt und deswegen ist es wichtig, die finanzielle Macht einiger weniger zu beschneiden.

Natürlich kennen wir die Argumente der Gegner:innen einer solchen Vermögensbesteuerung. Sie verbreiten Falschmeldungen und behaupten, dass dann das sprichwörtliche kleine Häuschen von Oma und Opa vom Staat weggenommen werden würde, was natürlich Unsinn ist. Die Vorschläge einer solchen Vermögensbesteuerung gehen von Freibeträgen pro Person von bis zu zwei Millionen Euro aus. Erst ein Vermögen, das darüber liegt, würde überhaupt zur Besteuerung herangezogen werden und jährlich das Vermögen zwischen 0,5 und 2 Prozent belasten. Das gesamte zusätzliche Steuerauf-

kommen würde – je nach Ausgestaltung – zwischen 70 und 93 Prozent von dem reichsten Tausendstel der Bundesrepublik getragen werden.

Natürlich gibt es auch andere Wege, die Kosten der Krise zu finanzieren. Bereits im Januar diesen Jahres hat CDU-Finanzminister Richter gefordert, dass der Haushalt Sachsen-Anhalts für 2022 um etwa 7,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 zusammengestrichen werden muss. Berücksichtigt man dabei, dass sich viele Ausgaben gar nicht so schnell senken lassen, bedeutet ein solches Vorhaben ein radikales Zusammenstreichen von vielen Dingen, die uns wichtig sind. Die Kommunen würden noch ärmer werden. Es könnte kein Personal für Schule und Polizei eingestellt werden. Krankenhäuser würden weiter an Private verkauft und damit dem öffentlichen Einfluss entzogen werden.

Das sind die Alternativen, die 2021 zur Wahl stehen. Eine Wahl zwischen LINKE und CDU im Juni in Sachsen-Anhalt und im September bundesweit. Und weil es entscheidend ist, welche dieser beiden Möglichkeiten Realität wird, ist es so wichtig, dass jede:r zur Wahl geht. Noch eine letzte Bemerkung: Im Gegensatz zur LINKEN sagt die AfD nicht, woher sie das Geld für ihre Forderungen nehmen will. Eine Vermögensbesteuerung lehnt sie genauso ab wie die CDU, weil sie sich – auch wie die CDU – mit den wirklich Mächtigen in diesem Land nicht anlegen will.

Neustart nach Corona erfordert neuen Lastenausgleich

Die Corona-Pandemie stellt die Kommunen personell und finanziell vor besondere Herausforderungen, denn sie sind es, die die getroffenen Maßnahmen umzusetzen haben. Sie sind das Rückgrat der Gesellschaft. Die Verwaltung muss trotz weitgehender Arbeit im Homeoffice funktionsfähig gehalten werden und für die Bürger:innen erreichbar sein. Besonders gefordert sind die Gesundheits- und Ordnungsämter, die jedoch weder personell noch finanziell für die bestehende Situation ausgestattet sind. Vielmehr rächt sich jetzt, dass gerade im Gesundheitsbereich über die Jahre Stellen den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, mit der Folge nunmehr völlig überlasteter Gesundheitsämter. Der Bund hat zwar schnell finanzielle Hilfen für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre auszugleichen, wichtig ist aber für die kommunalen Träger auch über 2026 hinaus ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Personal- und Sachkostenaufwuchs.

Die Krise zeigt somit im Ergebnis ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde, während Profit und Effizienz den Gesundheits- und Pflegebereich bestimmten. Hier hat die Politik versagt. Und auch der enorme Nachholbedarf beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ist uns in der Krise vor Augen geführt worden.

Kommunen brauchen eine bessere Finanzausstattung statt neuer finanzieller Hilfen

Die Corona-Krise hat für die kommunalen Haushalte erhebliche Folgen, womit für die Städte und Gemeinden einschneidende Folgen vorprogrammiert sind. So droht nach den pandemiebedingten Schließungen das wirtschaftliche Ende von gastronomischen Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäften, was insbesondere in den Innenstädten sichtbar sein wird. Bereits jetzt sind die Steuereinnahmen der Kommunen eingebrochen und die finanziellen Belastungen zum Beispiel durch Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen gestiegen. Dieses finanzielle Ungleichgewicht wird auch zukünftig die kommunalen Haushalte bestimmen und die Planungsunsicherheit ist trotz Corona-Konjunkturpaket aus 2020 angesichts der dynamischen Entwicklung in der Krise groß. Die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle für 2020 darf deshalb auch kein einmaliger Akt bleiben. Insbesondere die Eigenbetriebe der Kommunen sind betroffen, da sie nicht an den Hilfsprogrammen des Bundes teilhaben dürfen. Die Einnahmeausfälle in den Bereichen Kultur, ÖPNV, Schwimmbäder und Kitas belasten damit die kommunalen Haushalte

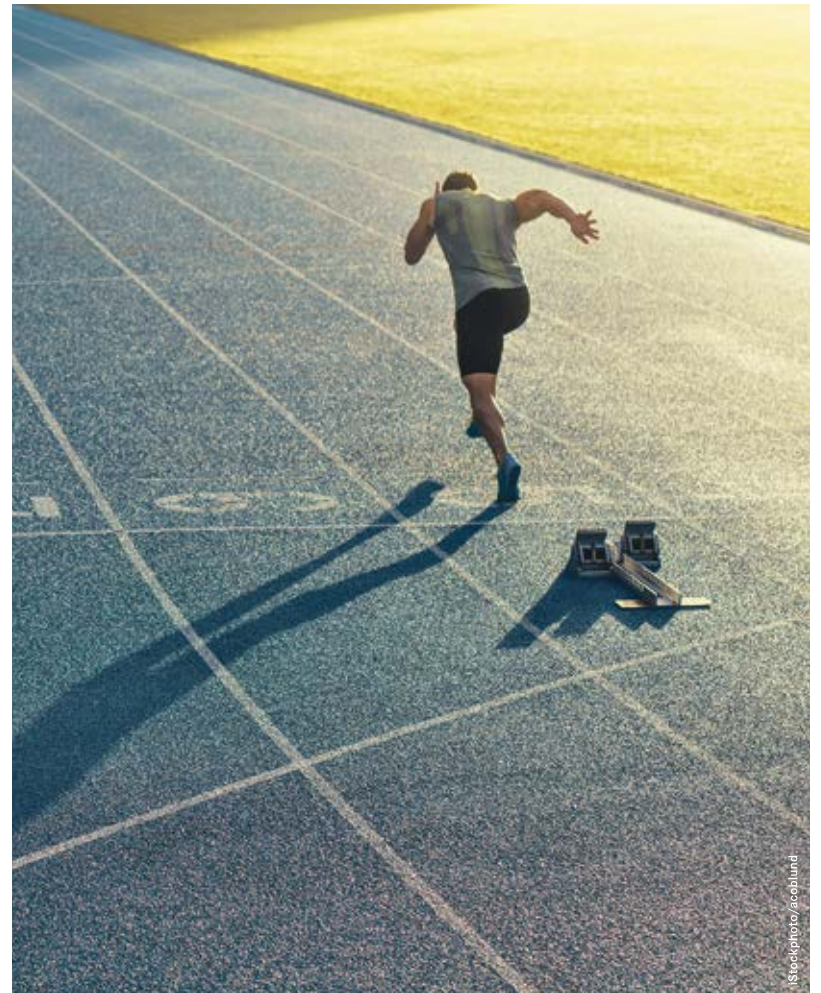
zusätzlich und Liquiditätsengpässe sind hier vorprogrammiert. Die Kommunen werden im Ergebnis all dessen auch für die nächsten Jahre auf zusätzliche Finanzhilfen angewiesen sein. Ohne einen weiteren Rettungsschirm zum Ausgleich von Einkommens- und Gewerbesteuerverlusten werden die Kommunen die notwendigen Investitionen nicht auf den Weg bringen können, die wiederum notwendig sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken würde. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen sind Investitionen in kommunales Eigentum dauerhaft auf Hilfen von Bund und Land angewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – wenn nicht in der Reform der Kommunalfinanzen, dann in Form eines kommunalen Investitionsprogramms.

Altschuldenregelung für Kommunen

Und auch die Altschuldenfrage, die gerade strukturschwächere Kommunen betrifft, ist noch nicht gelöst. Hier ist eine Länderlösung gefragt. Hessen hat mit der Hessenkasse ein eigenes Programm aufgelegt. DIE LINKE hat im Landtag dazu eine Debatte angestoßen, die darauf abzielt, mithilfe der Investitionsbank ein eigenes Programm zur Unterstützung der Kommunen aufzulegen.

Misstände wurden in der Krise deutlich

Vor allem die Schwächsten der Gesellschaft sind von der Corona-Krise stark getroffen worden. Viele Leistungen, insbesondere für Kinder, sind nicht mehr angekommen, da Einrichtungen geschlossen oder Angebote weggefallen sind. So konnten zum Beispiel durch die Schließung von Kitas und Schulen die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehenen Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder oft nicht mehr abgerufen werden, und die Kommunen waren leider nicht



in der Lage, schnell und großzügig Alternativen aufzuzeigen, wie Gutscheine oder Liefermöglichkeiten.

Die Corona-Pandemie hat noch einen weiteren Missstand in der Gesellschaft deutlich gemacht – die Konzeptionslosigkeit im Bildungsbereich. Seit langem redet die Politik von der Digitalisierung im Bildungswesen, doch die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, dass es sowohl an der digitalen Infrastruktur als auch an überzeugenden Konzepten für den Online-Unterricht fehlt. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler so gut ausgestattet sind, dass sie von zu Hause aus online unterrichtet werden können. Die Kommunen als Schulträger müssen auch diese Aufgabe stemmen. Dank des Digitalpakts werden in den nächsten Jahren in den Städten und Gemeinden Millionen für die digitale Ausstattung der Schulen ausgegeben. Vernachlässigt werden darf dabei aber nicht, dass damit ein weiterer finanzieller Aufwuchs verbunden ist. Denn es wird weiterhin die Aufgabe der Kommunen und Schulträger sein, Betrieb, Support und Wartung der Technik in den Schulen sicherzustellen.

In jeder Krise liegen bekanntlich auch Chancen, und so hat die Pandemie den Städten und Gemeinden den dringend notwendigen Digitalisierungsschub nolens volens verpasst. Zukünftig werden wohl weniger Büroflächen benö-

tigt und Verkehrsströme werden sich infolgedessen verändern. Die Innenstädte stehen nicht nur aufgrund des Online-Handels vor einem grundlegenden Wandel. All dies wird das Leben in den Kommunen beeinflussen.

Vermögensabgabe gegen Corona-Schulden

Die Corona-Pandemie hat die Staatschulden anwachsen lassen. Spätestens nach den Bundestagswahlen wird die Frage, wer die Folgen der Corona-Krise bezahlt, beantwortet werden müssen. Ab 2022 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Der Staat kann entweder sparen und damit Ausgaben drastisch kürzen oder aber seine Einnahmen – also Steuern – erhöhen. Damit stellt sich die Frage nach einer gerechten Verteilung der Folgekosten. Wir fordern eine mit dem Grundgesetz im Einklang stehende Vermögensabgabe. Diese Abgabe würde einmalig für Milliardäre und Multimillionäre erhoben, soll über 20 Jahre in Raten abbezahlt werden und würde weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen.

Langfristig kommt niemand daran vorbei, die Frage zu beantworten, wie die Kosten der Krise bewältigt werden sollen und wer damit schlussendlich zur Kasse gebeten wird. Sie als Wähler:in werden dafür bei den Wahlen die Weichen stellen.

Entschlossen gegen rechts

Der Anschlag am 9. Oktober 2019 in Halle hat viele erschüttert. Ein Attentäter versuchte am höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, in die Synagoge in der Humboldtstraße einzudringen und die dort Betenden zu ermorden. Als ihm das nicht gelang, tötete er Jana L. und griff den Kiez-Döner in der Ludwig-Wucherer-Straße an. Dort erschoss er Kevin S. Dass an diesem Tag nicht noch mehr Menschen getötet wurden, lag vor allem an den schlecht funktionierenden Waffen und Sprengsätzen des Attentäters, der inzwischen zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Der Attentäter war bei seinen Taten nicht nur von einem mörderischen Antisemitismus getrieben, sondern war ein Neonazi, der Hakenkreuze in Munition ritzte, ein Mann, der Frauen verachtete, Linke hasste und in Muslim:innen Feinde sah. Er war auch zutiefst von einer zentralen Erzählung der extremen Rechten überzeugt – dem angeblichen »Großen Austausch« der »Weißen« durch Muslim:innen, einer angeblichen Zerstörung des »deutschen Volks« auf Geheiß geheimer jüdischer Mächte. Diese Erzählung findet sich bei Neonazigruppierungen genauso wie in Teilen der AfD, im sogenannten Manifest des Attentäters von Christchurch in Neuseeland wie in den Schriften der »Identitären« und anderer neu-rechter Organisationen und Netzwerke.

Es ist wichtig zu verstehen, dass das, was am 9. Oktober 2019 in Halle geschah, nicht einfach die Tat eines isoliert handelnden, durchgedrehten Mannes war. Sie war vielmehr das Ergebnis extrem rechter Ideologie und deren Vernetzung und Mobilisierung. Der Attentäter sitzt zwar in Haft, doch die extreme Rechte treibt die Es-

kalation weiter voran. In Halle finden weiter wöchentlich Aufmärsche und Kundgebungen von Rechtsextremen statt, mit der sogenannten Alternative für Deutschland konnte sich eine in Teilen faschistische Partei auch in Sachsen-Anhalt etablieren und Mandate, staatliche Gelder, Personalstellen und Einfluss erringen. Sie stellt den parlamentarischen Arm der extremen Rechten.

Die Sprach- und Wirkmächtigkeit der extremen Rechten reicht inzwischen bis hinein in bürgerliche und demokratische Milieus. Teile der CDU sympathisieren offen mit einer Zusammenarbeit mit der AfD. Die Koalition in Magdeburg – gestartet als »Bollwerk gegen rechts« – ist seit Jahren komplett blockiert. Grüne und SPD können die CDU in manchen Fragen lediglich vom jeweils noch Schlimmeren abhalten. Etwa den in der Rechten beliebten Rainer Wendt zum Staatssekretär zu ernennen. Doch im Kampf gegen rechts versagt die Koalition und ist unfähig, mehr als allgemeine Willensbekundungen zu verabschieden.

Als LINKE führen wir den Kampf gegen die extreme Rechte nicht nur im Parlament, sondern auch in der Gesellschaft – an der Seite der Betroffenen, solidarisch mit sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Gruppen und Initiativen. Ihre Stimmen ins Parlament zu tragen, sehen wir als unsere Aufgabe und als Voraussetzung für eine progressive, linke gesellschaftspolitische Veränderung an. Wir werden auch in Zukunft gemeinsam mit anderen in breiten Bündnissen Naziaufmärsche blockieren, denn DIE LINKE ist überzeugt davon, dass wir jenen nicht nachgeben dürfen, die Menschen abwerten, verächtlich machen oder gar

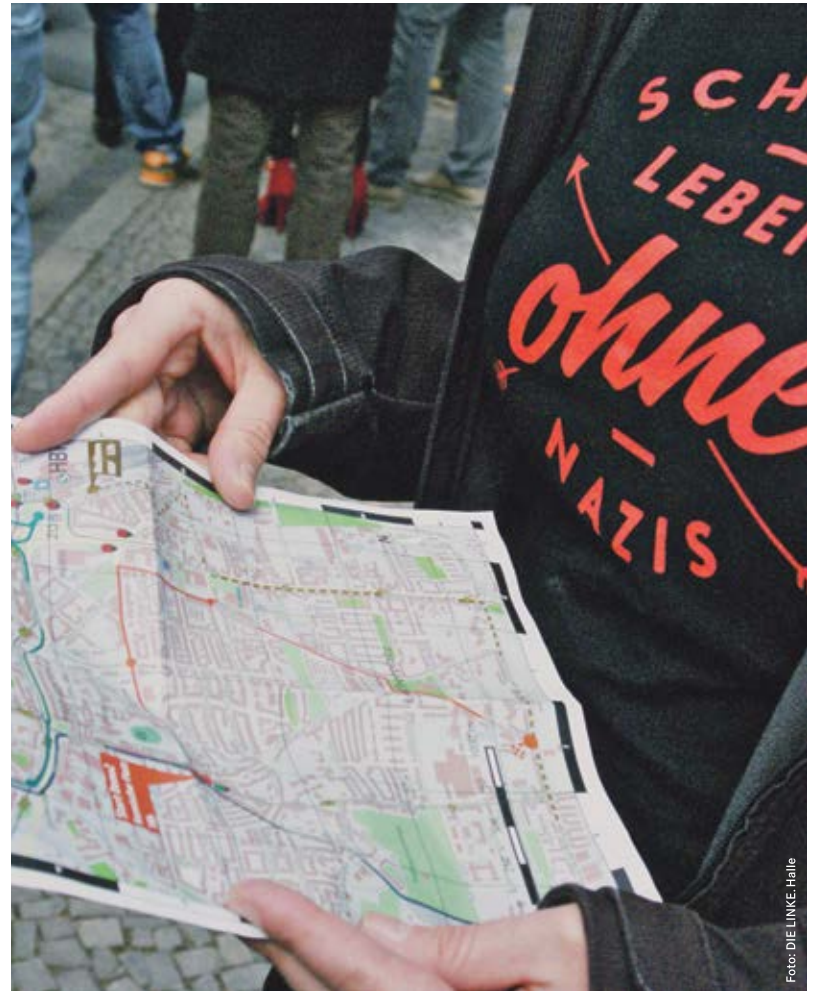


Foto: DIE LINKE, Halle

körperlich angreifen. Dazu müssen wir die extreme Rechte analysieren, ihre Ideologie offenlegen, ihre Taten benennen und uns ihr in den Weg stellen.

DIE LINKE will das Versagen der Behörden im Kampf gegen rechte Gewalt beenden und dafür sorgen, dass Polizei und Staatsanwaltschaften rechte Netzwerke als solche erkennen und deren Taten verfolgen. Viel zu oft werden die Akten geschlossen, Verfahren eingestellt und dadurch verharmlost, was jeden Tag in Halle und Sachsen-Anhalt

geschieht. Sich für nicht zuständig zu erklären und Rechtsextremen dadurch zu signalisieren, dass sie von diesem Staat wenig zu befürchten haben, muss endlich ein Ende haben – genauso wie die These von rechtsextremen Einzeltätern.

Das kann nur gelingen, wenn der Einfluss der extremen Rechten auf die Regierungspolitik in Sachsen-Anhalt zurückgedrängt wird. Starke antifaschistische Positionen in der Landespolitik und in Halle sind nötiger denn je.

Halle hat Zukunft

Wie sich unsere Stadt zukünftig entwickeln wird, hängt maßgeblich von den politischen Weichenstellungen im Land ab. Halle hat großes Innovationspotential. Mit unserer Martin-Luther-Universität, der Kunsthochschule Burg Giebichenstein und der evangelischen Hochschule für Kirchenmusik ist Halle der größte Hochschulstandort in Sachsen-Anhalt. Jährlich kommen viele junge Menschen in die Stadt, um hier zu studieren. Sie bringen Ideen und Engagement mit und werden die zukünftigen Fachkräfte, Gründer:innen, Künstler:innen etc. sein, die unsere Stadtgesellschaft bereichern. Unsere Hochschulen und die Unternehmen der Stadt bewegen junge Menschen dazu, auch nach abgeschlossenem Studium oder beendeter

Berufsausbildung in Halle zu bleiben, hier Familien zu gründen.

Darum ist es so wichtig, dass das Land die Hochschulen bedarfsgerecht finanziert. Die Universitätsmedizin und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gehören ebenso dazu. Alle großen Forschungsgemeinschaften haben Institute in Halle und bieten Arbeitsplätze in der Wissenschaft und deren praktischer Anwendung. Halle ist stolz, Standort für die Nationale Akademie Leopoldina und die weltweit aktive Akademie junger Wissenschaftler:innen, die »Global Young Academy« zu sein.

Weithin sichtbares Zeichen für das Innovationspotential unserer Wis-

senschaftslandschaft ist der Weinberg Campus. Er ist eines der größten Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland und bietet für Start-ups beste Bedingungen. Das Designhaus der Burg Giebichenstein ist ein Gründungshotspot der Kreativszene. Hinzu kommen private Zentren für Start-ups und Coworking spaces wie die SaltLabs.

Damit die Start-up-Szene schnell wachsen und sich mit der lokalen Wirtschaft vernetzen kann, braucht es entsprechende Räume und eine kluge finanzielle Förderung. Wir wollen, dass im Land eine Kultur herrscht, die ihnen das ermöglicht. Die Abgeordneten der LINKEN werden dafür eine starke Stimme sein – damit Halle Zukunft hat.

Impressum

Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021
Herausgeberin:
DIE LINKE, Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsführerin
Sabine Krems-Jany (V.i.S.d.P.)
in Zusammenarbeit mit dem
Stadtverband Halle
Erscheinungstermin: April 2021
Auflage: 100 000 Exemplare
kontakt@dielinke-isa.de
www.dielinke-sachsen-anhalt.de
Die Nutzungsrechte nicht
gekennzeichnete Bilder liegen
bei der Partei DIE LINKE.
Layout, Satz: DiG / Plus GmbH
Druck: Berliner Zeitungsdruck